PRESSE-MITTEILUNG

DLM Symposium, 11. März 2009, Berlin

„Zehn medienpolitische Gebote für das digitale Zeitalter. Der gesellschaftspolitische Anspruch“

Stadelmaier: „ARD und ZDF sollten schrittweise auf Werbung verzichten“

„Ich will DVB-H nicht aufgeben, auch wenn einem das Verhalten der beteiligten Medienunternehmen die Tränen in die Augen treiben kann,“ kritisierte Martin Stadelmaier, Chef der rheinland-pfälzischen Staatskanzlei. Es sei unverständlich, dass die Landesmedienanstalten mit dem Scheitern des mobilen Fernsehens DVB-H etwas zu tun gehabt haben sollen. „Diesen industriepolitischen Weg müssen wir neu beschreiten“, forderte Stadelmaier mit Blick auf die Zukunft.

Stadelmaier betonte, dass zwischen Bund und Ländern bei der digitalen Dividende eine Einigung erzielt worden sei. Ab 2011 würden die so genannten weißen Flecken bei der Internetversorgung gefüllt werden können. Auch das Problem der drahtlosen Mikrofone würde ab 2015 gelöst. „Bis dahin bleiben die Frequenzen erhalten“, versprach der Staatskanzleichef aus Rheinland-Pfalz. „Hier sind Bund und Länder ihrer Verpflichtung für eine Breitbandversorgung in ganz Deutschland nachgekommen.“

Auch bei der Vergabe der Frequenzen stehe man mit der EU kurz vor einer Einigung. „Die Frequenzen werden von den Mitgliedstaaten weiterhin den Rundfunkunternehmen zugesprochen, ohne dass die EU da mitzusprechen hat“, kündigte Stadelmaier an.

Über Produktplatzierung und so genannte Partnerschaften müssten Stadelmaiers Meinung nach noch Diskussionen geführt werden. „Das ist nichts anderes als Schleichwerbung.“

isip communications
Ingrid Scheithauer | Sissi Pitzer
Tel. +49 (0)991 / 270 520 50
Fax +49 (0)991 270 520 51
info@dlm-symposium.de
www.dlm-symposium.de

Das gelte für Gottschalk genauso wie für ProSieben. „Ich halte es für richtig, wenn ARD und ZDF, außer beim Sport, schrittweise auf Werbung verzichten.“ Außerdem solle bei ARD und ZDF das Sponsoring nach 20 Uhr der Werbung gleichgestellt und damit verboten werden, forderte Stadelmaier.

Zum Thema Medienkonzentrationsrecht erläuterte Stadelmaier, dass es hier vor allem um die Sicherung der Meinungsvielfalt gehe. Als Währung hierfür reiche die Ermittlung der Reichweiten auf Basis der Werbekunden im Internet wohl nicht aus. „Daraus ergeben sich neue Forderungen für das Medienkonzentrationsrecht“, erklärte Stadelmaier.

„Für die digitale Welt gibt es keine gemeinsame Währung“, bestätigte Marc Jan Eumann, Vorsitzender der Medienkommission beim SPD-Parteivorstand. Internetregulierung hielt Malte Spitz von Bündnis 90/Die Grünen für einen gefährlichen Vorgang. „Das ist aus dem herkömmlichen Medienbereich nicht automatisch zu übertragen“, betonte Spitz. Hier müsse man schauen, dass man die Regulierung nicht zu hoch treibe.

Jürgen Doetz betonte, dass die Privatsender keinen staatlichen Rettungsschirm brauchten. Über ein Bonussystem könne man dennoch nachdenken, erklärte der Vorsitzende des VPRT. „Aber wir brauchen Klarheit von der Politik“, forderte Doetz. Eberhard Sinner, medienpolitischer Sprecher der CSU-Fraktion im bayerischen Landtag, zeigte sich erleichtert, dass die Privatsender keine staatliche Hilfe in Anspruch nehmen wollen.

„Ich wünsche mir für die Kommission zur Ermittlung der Konzentration im Medienbereich (KEK) mehr klare Vorgaben durch den Gesetzgeber“, forderte Thomas Langheinrich, der Vorsitzende der DLM. Der Gesetzgeber habe schon eine klare Vorgabe beim Live-Streaming

isip communications
Ingrid Scheithauer | Sissi Pitzer
Tel. +49 (0)991 / 270 520 50
Fax +49 (0)991 270 520 51
info@dlm-symposium.de
www.dlm-symposium.de

im Internet gemacht und festgelegt, dass Rundfunk im Internet dasselbe sei wie herkömmlicher Rundfunk. „Nur, wie man das reguliert, ist eine andere Sache“, schränkte Langheinrich ein. Hier seien jetzt die Landesmedienanstalten am Zug.

ca. 3.000 Zeichen 11.03.2009

isip communications
Ingrid Scheithauer | Sissi Pitzer
Tel. +49 (0)991 / 270 520 50
Fax +49 (0)991 270 520 51
info@dlm-symposium.de
www.dlm-symposium.de